

Argumente für Gespräche mit Bundestagsabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen zu Laufzeitverlängerungen und „Einsatzreserve“ der deutschen AKW

Dieser Leitfaden soll Dir helfen, dich auf dein Telefongespräch mit dem Grünen-Abgeordneten aus deiner Nähe vorzubereiten. Er fasst zusammen, warum AKW-Laufzeitverlängerungen – auch in Form einer „Einsatzreserve“ – in vielfacher Hinsicht gefährlich sind und uns auch bei eventuellen Energieproblemen nicht weiterhelfen.

Auch eine Reservenutzung von AKW ist eine Laufzeitverlängerung

Die aktuell von Wirtschaftsminister Robert Habeck ins Spiel gebrachte Forderung, zwei der drei noch laufenden AKW ab den 31.12.2022 für die nächsten Monate in eine Art „Stand-by-Modus“ zu versetzen, ist eine Laufzeitverlängerung durch die Hintertür. Auch die „Einsatzreserve“ kippt das im Atomausstiegs-Gesetz festgeschriebene Abschaltdatum dieser beiden AKW – mit allen negativen Folgen: Weiterbetrieb von AKW mit gefährlichen Rissen, Missachtung grundlegender Sicherheitsstandards, Aufbrechen des Ausstiegs-Konsens, Türöffner für weitere Laufzeitverlängerungen, usw.

Riss-AKW müssen sofort vom Netz – in Frankreich wie in Deutschland

In Frankreich legt die Atomaufsicht aktuell reihenweise AKW still, weil dort gefährliche Risse gefunden werden (Spannungsrisskorrosion). Risse derselben Art treten auch in den deutschen AKW auf, mit dem Unterschied, dass hier viel dünnerne Rohre betroffen sind, die zudem direkter Teil des radioaktiven Reaktorkreislaufs sind. Ein Bruch von nur einem einzigen der 16.000 Rohre wäre bereits ein schwer zu beherrschender Störfall, der sich bis zum Super-GAU entwickeln kann.

Im AKW Neckarwestheim wurden bereits mehr als 350 Risse entdeckt, jedes Jahr kommen mehr neue hinzu. Die Ursache der Rissbildung ist bis heute nicht behoben. Wegen schlampiger Kontrollen ging der Reaktor im Juni sogar mit einer unbekannten Anzahl unentdeckter, weiter aktiver Risse wieder ans Netz – ein klarer Verstoß gegen Vorgaben der Reaktorsicherheitskommission.

Im AKW Lingen/Emsland wurden dieselben Risse ebenfalls schon nachgewiesen, weitere Kontrollen daraufhin eingestellt. Im typgleichen AKW Isar-2 weigert sich der Betreiber, überhaupt auf diese Risse hin zu prüfen. Dabei liegt nahe, dass es auch hier solche Korrosionsschäden gibt. Der Betrieb der Riss-AKW und das Unterlassen von Risskontrollen verstößt schon heute gegen geltende Sicherheitsvorschriften. Es kann nicht sein, dass AKW mit Spannungsrisskorrosion in Frankreich vom Netz müssen, in Deutschland aber sogar länger laufen sollen.

Alterungsgeschädigte AKW sind ein unzulässiges Sicherheitsrisiko

Die letzten drei AKW sind alle bereits 34 Jahre alt und entsprechend alterungsgeschädigt – siehe etwa die oben genannten Risse. Jeden Tag, den sie länger laufen, riskieren wir einen schweren Unfall mit unabsehbaren Folgen. Nach aktuellem Stand der Debatte sind die Betreiber der AKW übrigens bei einem Weiterbetrieb nicht bereit, das Unfallrisiko zu tragen. Alle Kosten müssten in einem solchen Fall vom Staat getragen werden.

Was ist mit der Periodischen Sicherheitsüberprüfung der AKW?

Die Periodische Sicherheitsüberprüfung (PSÜ) für AKW ist alle zehn Jahre vorgeschrieben. Sie wäre im Jahr 2019 fällig gewesen, wurde aber wegen der für Ende 2022 geplanten Abschaltung nicht mehr durchgeführt. Nachrüstungen wurden folglich keine umgesetzt. Ein Weiterbetrieb der drei AKW wäre daher nur mit großen Abstrichen bei der Sicherheit und unter Missachtung grundlegender Sicherheitsregelungen möglich, die das Bundesverfassungsgericht definiert hat.

Einsatzreserve – Streckbetrieb – Laufzeitverlängerung

Die von Habeck geplante „Einsatzreserve“ der AKW, die nur unter Missachtung von Sicherheitsvorschriften möglich ist, kann ganz schnell zum „Streckbetrieb“ werden. Darüber hinaus hält sie die Möglichkeit offen, die Reaktoren auch über den jetzt vorgeschlagenen 15. April 2023 hinaus zu betreiben.

CDU, CSU und FDP haben klar erklärt, dass ihr Ziel der jahrelange Weiterbetrieb der AKW oder gar den Neubau von Reaktoren ist. Sie werden noch intensiver versuchen, ihren Fuß in die Tür zu setzen, welche die „Einsatzreserve“ aufstößt.

Wir haben in erster Linie ein Gasproblem

Laut dem [Stresstest 2.0](#) würde ein „Streckbetrieb“ aller drei AKW nur 0,17% des deutschen Gasverbrauchs einsparen (und davon wiederum nur 0,09% in Deutschland selbst). Das ist vernachlässigbar wenig. Andere Maßnahmen zum Gasparen sind weitaus effektiver. So könnte allein das Absenken der Raumtemperatur in privaten Haushalten um nur ein Grad sieben Mal mehr Gas einsparen.

AKW können Gaskraftwerke nicht ersetzen

Die meisten Gaskraftwerke haben die Aufgabe, das Stromnetz zu stabilisieren, indem sie schnell zu- und wieder abgeschaltet werden und so Schwankungen und Spitzen im Strombedarf ausgleichen.

Atomkraftwerke sind zu unflexibel, um diese Aufgabe zu übernehmen. Andere Gaskraftwerken erzeugen hauptsächlich Fernwärme. AKW können auch diese Funktion nicht ersetzen.

AKW werden für die Stromerzeugung nicht mehr gebraucht

Der Ausbau der erneuerbaren Energien hat die Stromproduktion aller AKW [längst ersetzt](#) (der abgeschalteten sowie der drei noch laufenden Meiler) – und dazu auch den Strom aus etlichen Kohlekraftwerken. Der Stresstest 2.0 zeigt: Auch für windarme Perioden stehen genügend Kraftwerke bereit, um den Strombedarf zu decken. Zusätzlich können kurzzeitige Lastspitzen mit zahlreichen Maßnahmen vermieden werden. Deutschland hat genügend Strom und ein stabiles Stromnetz, das hat auch Wirtschaftsminister Habeck nochmals klargestellt. Knapp sind in bestimmten (windreichen) Extremsituationen lediglich Kraftwerke, die einspringen, wenn mehr Strom gehandelt wird und exportiert werden soll, als bestimmte Leitungen übertragen können („Redispatch“). Diesen Bedarf, auch das hat der Stresstest 2.0 gezeigt, können die deutschen AKW aber nur marginal reduzieren.

Deutsche AKW werden nicht zum Ausgleich der Stromengpässe in Frankreich benötigt

Tatsächliche Versorgungsgpässe im Winter sind vor allem in Frankreich zu befürchten, das noch immer auf Atomkraft setzt. Mehr als die Hälfte der französischen AKW mussten wegen technischer Probleme vom Netz genommen werden, unter anderem wegen der gleichen Korrosionsschäden, die im AKW Neckarwestheim und vermutlich auch in Isar-2 vorliegen. Lieferungen aus Deutschland sind wegen fehlender Leitungen allerdings nur begrenzt möglich. Diese Exportmengen sind auch ohne Atomstrom abzudecken.

Laufzeitverlängerungen haben keinen nachweisbaren Einfluss auf den Strompreis

Das Öko-Institut hat den möglichen Einfluss eines Weiterbetriebes der AKW auf den Strompreis durchgerechnet und kommt zu dem Ergebnis, dass dieser sich unterhalb der Nachweisgrenze bewegt.